

Felicitas Hillmann

Die arrangierte Stadt: neue Segregationen als Ersatz planerischen Handelns in der kosmopolitischen Stadt

Zusammenfassung

Der Beitrag beschäftigt sich mit den veränderten Segregationen in der kosmopolitischen Stadt. In der aktuellen Stadtforschungsliteratur werden die sich verstärkenden Dynamiken einer Selbst-Segregation der Stadtbewohner*innen fast immer als Ergebnis übergeordneter Marktmechanismen interpretiert. Diese übergeordnete Dynamik stellt eine wichtige Erklärungsvariante der beobachtbaren Re-Arrangements der Städte dar. Jedoch wird hier argumentiert, dass die neuen Segregationen auch als individuelle Anpassungsstrategien in Folge veränderter Arbeitswelten und Mobilitätsanforderungen interpretiert werden sollten. Drei aktuelle Beispiele mit einem unterschiedlichen Grad an Privilegierung und Freiwilligkeit werden betrachtet: Binnenzügler in Baugruppen und Baugemeinschaften, neue Selbstständigkeit und transnationale Lebensentwürfe, Fach- und Wanderarbeiter in Unterkünften. Der Beitrag arbeitet heraus, dass diese Arrangements auf eine sozial-ethische Dimension verweisen: die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen arrangieren sich in der Stadt so gut sie können und ohne planerische Eingriffe arrangiert sich das Stadtgefüge neu, sortiert sich die Stadt um. Durch diese Selbst-Segregation erweist sich das lange gehegte Leitbild der gemischten Stadt zunehmend als Schimäre. Der Beitrag skizziert die Entwicklung ebenjenes Leitbildes der gemischten Stadt, widmet sich dann den Befunden der Segregationsforschung und umreißt die Tendenzen der sozialräumlichen Polarisierung der Städte hinsichtlich der Wohnraumentwicklung. Es folgt eine Befassung mit der arrangierten, kosmopolitischen Stadt, die unter anderem durch das Mehr und Anders von Mobilität und den Anforderungen eines flexibilisierten Arbeitsmarktes entsteht und die Segregationen vorantreibt.

Abstract

This article addresses changing forms of segregation in the cosmopolitan city. In current urban research literature, the intensifying dynamics of self-segregation among city dwellers are almost always interpreted as the result of superordinate market mechanisms. This overarching dynamic represents an important explanatory variant for developments observable in urban settlement. However, it is argued here that new forms of segregation should also be interpreted as individual adaptation strategies as a consequence of changing work environments and mobility demands. Three current examples are considered, each with its own degree of privilege and autonomy: Internal migrants in building groups and building communities, new self-employment and transnational living arrangements, and skilled and migrant workers in shelters. The paper elaborates that these arrangements imply a socio-ethical dimension: the different population groups arrange themselves in the city as best they can, and without planning or intervention, the city sorts itself. Through this self-segregation, the long cherished model of the mixed city increasingly proves to be a chimera. The article sketches the development of the model of the mixed city, then turns to the findings of segregation research and outlines the socio-spatial polarization of cities with regard

to housing development. This is followed by a discussion of the arranged cosmopolitan city, which is created by diversifying forms of mobility and by the demands of a flexible labor market that drive segregation.

1 Einleitung

Städte leben vom Nimbus ihrer *Urbanität*, ihrer verdichteten Vielfalt. Dadurch sind sie per definitionem Schauplätze des Nebeneinanders ungleicher Entwicklungen. Gesellschaftliche Fragmentierungen und Hierarchisierungen sind gewissenmaßen *normal*. Sie werden sozial-ethisch bedeutsam, wenn sie nicht mehr freiwillig sind, sondern erzwungenermaßen stattfinden. Sie werden problematisch, wenn sie sich über viele Jahre hinweg verfestigen und in Form von Segregation Benachteiligungen für ihre Bewohner*innen mit sich bringen. In vielen internationalen Metropolen, etwa London, Paris, Mailand und New York, ist diese Segregation weit vorangeschritten. Pointiert formuliert stehen dort Stadtteile mit einer gefeierten Diversität und wohlhabenden Bewohner*innen, Außenbezirken mit einer marginalisierten und weniger ressourcenreichen Wohnbevölkerung gegenüber.¹ Entsprechend kommt es hier immer wieder zu gewaltsamen Protesten und zu Demonstrationen von Unzufriedenen, zuletzt beispielsweise in Gestalt der Gelbwesten-Bewegung.

In Städten wie London sind es vor allem die hohen Mietpreise, die dazu führen, dass gemeinwohl-orientierte Bereiche wie Krankenhäuser und Feuerwehr keine Arbeitskräfte mehr finden, weil sich die Arbeiter*innen das Wohnen in der Nähe des Arbeitsortes nicht mehr leisten können. Teilweise werden für sie Wohnheime zur Verfügung gestellt. Ein Trend, der sich auch in Deutschland seit einigen Jahren findet und der sich auf Segmente des Arbeitsmarktes beschränkt, die aufgrund der schlechten Bezahlung und Arbeitsbedingungen häufig von Migrant*innen ausgefüllt werden. Doch auch Arbeitgeber wie die EZB in London verpflichteten ihre hochqualifizierten Arbeitskräfte schon vor der Corona-Krise zum Home-Office, weil sich die langen Pendelwege der Angestellten in die Stadt hinein nicht mit deren regulären Arbeitszeiten vereinbaren ließen. In London verschwinden kleine Läden aus dem Stadtbild, weil ihre

1 Siehe z. B. die Banlieu-Problematik in Paris, die Hausbesetzungen und -räumungen in Rom.

Besitzer*innen die Mieten nicht mehr zahlen können und weil unter anderem die passende Bewohnerschaft für das angebotene Sortiment nicht mehr ansässig ist. Gleichzeitig werden in vielen Universitätsstädten Europas von Seiten der städtischen Planung Wohnungen für Hochqualifizierte und Hochmobile in attraktiven Lagen² gebaut, teilweise als Gated communities, für Studierende entstehen Neubauten mit hochpreisigen *Microhomes* und Co-Living Spaces mit Gemeinschaftsausstattung inklusive Putzfrau. Was sich hieraus entwickelt, ist das Gegenmodell der *gemischten Stadt* – die für Deutschland lange als Richtschnur planerischen Handelns galt. *Who owns the city?* ist die entscheidende Frage, die Aktivist*innen seit Jahren umtreibt und die vor allem das Wohnen bzw. das unmögliche Wohnen in den Innenstadtlagen der Großstädte in den Mittelpunkt der öffentlichen Debatte rückte. Wir sehen eine Neu-Sortierung der Stadt.

Weite Teile der stadtsoziologischen Forschung konzentrieren sich auf diese polarisierenden Weiterentwicklungen in der Stadt. Die Segregations-tendenzen werden für die kosmopolitischen Städte thematisiert und vor allem als Folge von Umstrukturierungen auf dem Wohnungsmarkt interpretiert, etwa im Sinne einer Nebenwirkung von Gentrifizierung oder einer Finanzialisierung des Wohnungsmarktes durch Großinvestoren (vgl. Calbet i Elias 2019).³ Außer Frage steht, dass es diese Entwicklungen gibt (und dass sie dramatische Folgen für die betroffenen langansässigen und vertriebenen Bewohner*innen haben). Sie befördern die Entmischung. Stadtsoziolog*innen beobachten „sich rasant beschleunigende ‚Entmischungsprozesse‘ [...] und verweisen auf eine drohende ‚beispiellose soziale Spaltung der Städte‘ (Harlander/Kuhn 2020, 238). Doch dies allein erklärt die neue Sortierung noch nicht. Läßle (2020) spricht vom blinden Fleck der *Arbeit* in der Stadtsoziologie. Ebenfalls Schönig und Vollmer (2020) attestieren der aktuellen Forschung zum komplexen Thema *Wohnen*

- 2 Siehe hierzu Meier (2018), der sich mit den ausgrenzenden Wohnpräferenzen der Superreichen in London beschäftigt, außerdem allgemein zur Gentrifizierung in London: Glatter (2016).
- 3 Forrest, Koh und Wissink (2018) bescheinigen Teilen der Forschung zur Gentrifizierung eine gewisse Scheinheiligkeit: So würde die Spekulation mit Wohnraum (die Teil des kapitalistischen Systems ist) erst dann von der europäischen Forschung aufgegriffen, wenn sich Aufkäufe in europäischen Städte von internationalen Investoren mehren. Solange es sich um Investitionen von Europäer*innen im globalen Süden handelte, wurde diesem Prozess weit weniger Bedeutung zugemessen.

eine Ausblendung der sozialen Praxis und der Aushandlungsprozesse im Kontext baulich-räumlicher Materialität. Seit mehr als einer Dekade wird konstatiert, dass *die Stadt an sich* in der Forschung als eine ihrem Wesen nach migrationsfreie Größe angesehen wird und die Forschung diese Stellgröße der Sortierung der Stadt geflissentlich übersieht (vgl. Buckow 2010, 19–20). Mit dem Argument der Überkomplexität verharre die Forschung in einer nationalen Erzählung der Stadtentwicklung, spiegele einen cultural lag der Wissenschaft (vgl. Buckow 2010, 204) und verdeutliche die Schwierigkeit, Diversität als urbanes Kernelement in Planungsprozesse einzubinden (vgl. Grube 2016). An diese Blindstelle in der Forschung schließt dieser Beitrag an. Er beschäftigt sich mit den Prozessen der Entmischung vormals heterogener Bewohnerschaften, indem das Augenmerk darauf gerichtet wird, wie Segregationsprozesse an die Anforderungen stärker global eingebundener und flexiblierter Arbeitsmärkte und an veränderte Mobilitätsmuster gebunden sind. Diese Neu-Sortierung der Bewohnerschaft konfrontiert uns mit sozial-ethischen Fragen, die von Wissenschaftler*innen bislang kaum thematisiert werden.

Konsens ist, dass die Städte weltweit anstreben, quasi in einer Unternehmenslogik, die *richtigen* Einwohner*innen und damit auch das erhoffte Kapital von Investor*innen von außen anzuziehen (vgl. Hillmann/Calbet 2019). Nach innen wurden die damit einhergehenden Konflikte in den Städten – so die hier entwickelte These – durch aktive und passive Segregationslogiken bearbeitet. Das in der bundesdeutschen Planung verankerte Leitbild der soziokulturell gemischten Stadt tendiert durch diesen Trend zur Selbstsegregation dazu, sich nebenbei wie von selbst aufzulösen. Im Ergebnis entsteht so etwas wie eine *arrangierte Stadt*. Der Artikel spricht im Folgenden von einem *Arrangement* eher als von einer *Sortierung*, weil zweitens voraussetzt, dass jemand sortiert und selektiert und dass es hierfür einigermaßen klare Kriterien gibt (z. B. eine Mitgliedschaft oder einen zu leistenden Obulus usw.). Der Begriff des *Arrangements* verweist genau auf den unwillkürlichen, scheinbar zufälligen Charakter eines Prozesses der Neu-Strukturierung durch unterschiedlichste Interessenskonstellationen. Im Kern, so lautet die zentrale These des Beitrages, sehen wir uns bei den Ausdifferenzierungsprozessen in den Städten unterschwellig mit sozial-ethischen Fragen konfrontiert: wer schafft es, sich unter den veränderten Marktbedingungen in der Stadt zu behaupten und für wen werden die erforderlichen Arrangements zu komplex, zu risikoreich oder zu aufwändig? Wer darf (zu)wandern, wer muss (ab)wandern? Dies ist im

hohem Maße eine sozial-ethische Frage, weil es im Kern um räumliche Definitionsmacht geht (vgl. Hillmann 2016). Dementsprechend sehen wir eine aufgeheizte, politisierte Debatte darum, wem die Stadt gehört. Doch ist die Konzentration der aktuellen Debatte allein auf die Mietpreishöhe unterkomplex. So wie wir Meinungsfilterblasen sehen, sehen wir Segregationsfilterblasen als Ausdruck gesellschaftlicher Umstrukturierung in den Städten. Bei den Arrangements, die wir beobachten, ist nicht immer klar, wieviel Selbstbestimmung mitschwingt und wie der Grad der Freiwilligkeit sich bemessen lässt. Viel stärker als bisher müsste diskutiert werden, wie es zu den beobachtbaren Arrangements kommt, warum sie Bestand haben und was dies mit den veränderten Arbeitswelten und Mobilitäten zu tun hat.

Um diese großen Fragen in die vorliegende Stadtforschungsliteratur einzubetten, beschäftigt sich der Beitrag zunächst mit dem Leitbild der *gemischten Stadt*, das seit Mitte der 1990er Jahre den Konsens der bundesdeutschen Städteförderung abbildete (Abschnitt 1), anschließend liegt der Fokus auf den Definitionen und Positionen zu freiwilliger vs. unfreiwilliger ethnischer und sozialer Segregation (Abschnitt 2). Drittens werden die Prozesse der sozialen Spaltung unter besonderer Berücksichtigung der Wohnungsmärkte umrissen (Abschnitt 3). Abschnitt 4 führt aus, wie die Ausprägungen der arrangierten Stadt auf neuen Formen arbeitsmarktbezogener Segregation beruhen und in welchem Maße diese charakteristisch für die kosmopolitischen Städte in Deutschland sind. Drei Gruppen werden betrachtet: a) Baugruppen, die von den akademisierten Mittelschichten ins Leben gerufen wurden, b) migrantisch geprägte Viertel als Orte der neuen Selbständigkeit, kosmopolitischer Lebensstile und Besucherhotspots, c) segregiertes Wohnen für Facharbeiter*innen, etwa (internationales) Krankenhauspersonal, Pflegekräfte und Wanderarbeiter*innen – sie alle sind an das Vorhandensein bestimmter Mobilitäten gebunden. Das Fazit fasst die Befunde zusammen und gibt einen Forschungsausblick.⁴

4 Die hier präsentierten Ergebnisse der Literatursichtung wurden zum Teil erstmals im Rahmen des Masterseminars *Die arrangierte Stadt* an der Fakultät für Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin im Wintersemester 2020/2021 diskutiert. Die Autorin dankt den Studierenden für ihre zahlreichen Anregungen und kritischen Beiträge im Laufe des Seminars, außerdem Ingrid Breckner für ihre Anmerkungen zum vorliegenden Manuskript. Dieser Beitrag ist postum meinem akademischen Lehrer in der Stadtsoziologie, Hartmut Häußermann, gewidmet.

2 Das Leitbild der gemischten Stadt

Mischung und Vielfalt gehören zu den wichtigsten Merkmalen der Stadt – wobei die Kriterien einer gelungenen Mischung bzw. einer gelungenen Vielfalt nicht klar definiert sind. Im Laufe der Nachkriegszeit forcierte die Planung in Deutschland Leitbilder⁵ der Mischung in unterschiedlichem Maße. Zunächst sollten, in Bezugnahme auf die Charta von Athen, Wohnen, Arbeit und Freizeit funktional in der Stadt getrennt sein. Die Planungspraxis richtete sich nach wirtschaftlichen Erwägungen (Boden- und Mietpreise) aus und wurde durch soziale Veränderungsprozesse begleitet⁶. Es setzte ein Funktionsverlust der Innenstädte ein (vgl. Siebel 2007), weil nach dem Krieg neue Wohnsiedlungen entstanden, teilweise Großwohnsiedlungen am Stadtrand. Auch durch den Ausbau der autogerechten Stadt und der Errichtung von Einkaufszentren auf der grünen Wiese verloren die Innenstädte an Bedeutung für viele Stadtbewohner*innen. Durch die steigenden Realeinkommen, den Ausbau des sozialen Sicherungssystems und des sozialen Wohnungsbaus mit belegungsgebundenem Wohnraum überall in der Stadt, sowie verbesserten Mieterschutz und Wohngeld wurde Segregation in der Nachkriegszeit tendenziell abgebaut (vgl. Häußermann 2006). Die 1970er Jahre standen dann ganz im Zeichen von Verwissenschaftlichung, Institutionalisierung und Politisierung der Planung, Leitbilder galten als verzichtbar (vgl. Becker/Jessen 2020, 605). Der daraufhin einsetzende Verlust an innerstädtischer urbaner Dichte wurde bald thematisiert⁷ und zum Ausgangspunkt städtischer Protestaktionen gegen eine funktionalistische Planung, die vornehmlich Verwertungsinteressen unterstützte. Reagiert wurde von planerischer Seite mit einer Verdichtung der Bebauung (Motto: Urbanität durch Dichte) und weniger durch die Forcierung von Nutzungsverflechtung (vgl. DIFU 2015, 13–14). Der Widerstand gegen den Abriss von Altbauvierteln durch Flächensanierung mündete in ersten

5 In den städtebaulichen Leitbildern spiegelt sich jeweils das Planungsverständnis ihrer jeweiligen Entstehungszeit. Sie gründen sich auf einen zuvor erlangten Konsens. Siehe zur Definition: Becker 1998.

6 Zum Beispiel in Form von sogenannten Schlafstätten, die wie selbstverständlich die Arbeitsteilung des männlichen Ernährermodells verkörperten.

7 Zur urbanen Dichte siehe auch Jacobs (1993/1963); Mitscherlich (1964); Mumford (1961); Sennett (1997); Häußermann/Siebel (2007), insb. 179–180; Läßle (1992); Löw (2008).

Ansätzen zur „behutsamen Stadterneuerung“ (Vollmer 2018).⁸ Die durch die Hausbesetzerszene mitangestoßene Änderung in der Planungspraxis richtete sich auf ein Mehr an Nutzungsmischung, erstmals formuliert im Programm der Berliner IBA 1984–1987. Nach und nach wurde die *Urbane Mischung* „fester Bestandteil des übergreifend konsensfähigen Leitbildes der „gemischten und kompakten Stadt der kurzen Wege“ (Roskamm 2013, 13). Im Jahr 1996 fand sich die Vorstellung der *kompakten, gemischten Stadt* in den Leitideen zur zukünftigen Stadtentwicklung. Es folgten groß angelegte Forschungsprojekte zur „Nutzungsmischung im Städtebau“ (Kuder 2001).

Bis heute wird die *gemischte Stadt* in der Stadtentwicklungsliteratur als umstrittenes Leitbild rezipiert, weil es sich in der Praxis kaum umsetzen und noch weniger überprüfen lässt. Auch sind Binnensicht der Stadtbewohner*innen und Verwaltungssicht höchst widersprüchlich. Für die Stadtbewohner*innen selbst lässt sich die richtige Mischung festmachen an deren Binnensicht auf die Veränderungen im eigenen Wohnumfeld und ihrer Lebenssituation. Wahrgenommen werden Zu- und Wegzüge, der Wandel der Gewerbestruktur (vor allem Nahversorgung), Baumaßnahmen und Immobilienverkäufe sowie Wandel in der Nutzung der öffentlichen Räume wie auch die Auf- und Abwertung des Quartieres durch Presseberichte. Die Verwaltung interessiert sich hingegen für Veränderungen im Quartier im Verhältnis zur Gesamtstadt auf Grundlage vorhandener statistischer Indikatoren. Was die Bewohner*innen als negative Veränderung wahrnehmen, wird von den Kommunen nicht selten als positive Entwicklung begrüßt (vgl. DIFU 2015, 23–24), beispielsweise die Aufwertung von weniger attraktiven Stadtteilen und die Anziehung von zahlungsfreudigen Bewohner*innen. Die jeweilige soziale und funktionale Mischung in der Kombination aus Mischungskomponenten (Bevölkerungsstruktur, etwa Einkommensgruppen, ethnische Zugehörigkeit, soziale Schichten, Bildungsniveaus sowie Gewerbestruktur) und Mischungskörnigkeit (Baustruktur in Form von vertikaler Mischung und Parzellengröße) macht pauschale Urteile deshalb grundsätzlich schwierig. Nicht nur die funktionale Zusammensetzung wird Teil ethischer Bewertungen (Was trägt zur Mischung

8 Diese Veränderungen waren Ergebnis langjähriger Proteste durch wohnungspolitische Gruppen in Altbauachbarschaften, die zwischen 1969 und 1973 in den als Sanierungsgebieten klassifizierten Quartieren gegen eine Vermarktung ebenerer Altbaubestände aktiv wurden.

bei? Was verhindert sie?), auch der gewählte Maßstab der Betrachtung zieht Schwierigkeiten in der Bewertung und des Vergleichs mit sich: Bezieht sich die gepriesene Mischung auf das Quartier, den Block, das Haus und wie feingliedrig soll die Mischung eigentlich sein? Wie ist die Geschichte des Quartiers? Dennoch, auch wenn Binnensicht und Verwaltungssicht sich teilweise widersprechen, gehen die Expert*innen des Deutschen Instituts für Urbanistik (DIFU) davon aus, dass sich „in wachsenden und schrumpfenden Städten gleichermaßen funktionale und soziale Entmischungsprozesse [beobachten lassen], die der Vorstellung von einer nachhaltigen, sozial gerechten Stadtentwicklung zuwiderlaufen“ (DIFU 2015) und sehen Handlungsbedarf. Der Erhalt bzw. die Schaffung von urbanen, gemischten Quartieren ist deshalb bis heute als dezidiertes Ziel in den Stadtentwicklungskonzepten vieler Städte verankert und impliziert sozial-ethisch, dass Mischung ein Planungsziel sein sollte. Gemäß der Studie des DIFU berichten 33 % der Städte, dass sie eine Zunahme der sozialen Segregation beobachten, 44 % stellen eine funktionale Entmischung fest. Nur sehr wenige Städtevertreter*innen sahen einen Rückgang der Entmischungsprozesse bzw. eine Zunahme von Mischung. Im Rahmen der Städtebauförderung bezogen sich die Maßnahmen der öffentlichen Hand auf die Unterstützung von *aktiven Stadt- und Ortsteilzentren* oder richteten sich auf eine Bewältigung von sozialen Problemen in benachteiligten Gebieten. Im günstigsten Fall führen die Maßnahmen zur Etablierung von neuen städtischen bzw. lokalen Ökonomien (vgl. Brandlhuber 2013; Häußermann 2006, 295). Diese Maßnahmen werden – nach Jahren des wohnungsbaupolitischen Stillstands – von zunehmend aktiven Mischungspolitikern durch Förderquoten und zugleich einem Rückbau von sozialem Wohnungsbau und einem Ausbau abgeschirmter Wohnkomplexe flankiert (vgl. Harlander/Kuhn 2012). Mischung, das bedeutet Aufwand und braucht Zeit zum Wachstum, und ist für die Erstellung neuer Quartiere „unter dem Druck der Finanzierung und schnellen Vermarktung“ ungeeignet (Sander 1998, 473). Die arrangierte Stadt – so kann hier vorläufig festgehalten werden – antwortet mit ihren Tendenzen der Selbst-Segregation vor allem auch auf ein Zeitproblem, das sich aus vorherrschenden Verwertungslogiken mit kurzen Planungshorizonten speist.

3 Befunde der Segregationsforschung

Aktuelle Debatten zeichnen drei Segregationsformen nach: demographische (nach Alter), soziale (sozio-ökonomisch) und ethnische Segregation (vgl. Farwick 2012). Diese drei Formen überlappen sich zum Teil und können häufig nicht klar voneinander unterschieden werden. Die Messung gestaltet sich schwierig. Untersuchungen zeigen, dass Gebiete mit hoher Segregation häufig auch durch städtebauliche Mängel im Gebäudebestand und im Wohnumfeld, durch unzureichende Infrastruktur sowie durch starkes Verkehrsaufkommen und Emissionen gekennzeichnet sind (vgl. Böhme u. a. 2015). Besonders häufig sind Großwohnanlagen des sozialen Wohnungsbaus und innerstädtische Quartiere, in denen der Anteil von Zuwander*innen besonders hoch ist, von Segregation betroffen (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2008, 124).

Die meisten vorliegenden Studien richten ihre Aufmerksamkeit auf den Zusammenhang von ethnischer und sozialer Segregation. Was die ethnische Segregation in den bundesdeutschen Großstädten betrifft, so leben Zuwanderer*innen häufiger in den westlichen Bundesländern und tendenziell in Großstädten und es gibt über innerstädtische ethnische Segregationsprozesse keine kontinuierliche Datenerhebung. Doch es liegen städteübergreifenden Studien sowie Fallstudien zu einzelnen Städten vor (vgl. Friedrichs/Triemer 2008, 45). Die Studien berichten insgesamt von einem Rückgang ethnischer Segregation im Zeitverlauf, vor allem, wenn es sich um multiethnische, das heißt, von vielen unterschiedlichen Nationalitäten bewohnte, Quartiere handelt (vgl. Friedrich 2008, 390). Aktuelle Untersuchungen zu den Lebenswelten von Migrant*innen in Deutschland zeigen überdies, dass sich die Bevölkerung mit Migrationshintergrund inzwischen in eine vielfältige und differenzierte Milieulandschaft aufgegliedert hat (vgl. Farwick 2016; Hallenberg 2016).

Auch wenn sich Segregation in einigen Quartieren statistisch nachweisen lässt, bleibt meist unklar, auf welche Faktoren eine Segregation zurückzuführen ist. Ist es der Wunsch der Bewohner*innen, in einer ethnisch homogeneren Wohngegend zu leben oder sind Diskriminierungserfahrungen oder -erwartungen der Auslöser? (vgl. Goebel/Hoppe 2015; Hanhörster 2014). Angehörige ethnischer Minderheiten stehen dem Leben in einem segregierten Gebiet selbst skeptisch gegenüber (vgl. Häußermann/Siebel 2007; Münch 2005) und sozial aufgestiegene Migrant*innen verlassen manchmal Quartiere, die eine höhere ethnische und soziale Segregation aufweisen. Der Grad der Freiwilligkeit oder

Unfreiwilligkeit der Segregation ist also schwer zu ermitteln und Wohnstandortentscheidungen werden als Ergebnis des Kompromisses zwischen Restriktionen und Präferenzen angesehen (vgl. Breckner 2019; Farwick 2016). Diese Unschärfe in der Interpretation von ethnischer Segregation gilt in ähnlichem Maße für die soziale Segregation. Auch hier stehen sich zwei Positionen gegenüber. Es liegen Studien vor, die zu dem Ergebnis kommen, dass Segregation Ergebnis einer eingeschränkten Entscheidungsfreiheit bzw. einer Benachteiligung auf dem Wohnungsmarkt ist (vgl. Blokland/Barwick 2015). Angenommen wird zugleich, dass es vor allem da zu einer Zunahme von sozial-räumlicher Segregation kommt, wo Menschen aufgrund eines entspannten Wohnungsmarktes überhaupt die Chance zum Umzug haben (vgl. Farwick 2012, 387). Weiterhin ist umstritten, ob sich auch die sozialen Problemlagen der Bewohner*innen durch das Leben im benachteiligten Quartier verschlechtern. Zu den sogenannten *quartiersbezogenen Kontexteffekten* existiert eine Reihe an Studien (vgl. Backes u. a. 1998), die die angenommene negative Wirkung von benachteiligten Quartieren auf das Leben der dortigen Bewohnerschaft zum Teil belegen. Die benachteiligenden *Nachbarschaftseffekte*, etwa weniger Anknüpfungspunkte in Form von persönlichen Netzwerken oder eine *schlechte Adresse*, bleiben in der Fachdebatte jedoch kontrovers diskutiert (vgl. Dangschat/Alisch 2014; Dangschat 2014), während die starke Bedeutung von hochwertigen Institutionen vor Ort, zum Beispiel Schulen, unumstritten ist (vgl. Nast/Blokland 2014).

4 Sozialräumliche Polarisierung und Wohnungsmärkte

Während sich, wie oben herausgearbeitet, eine Kausalität von Segregation und Quartier aufgrund der heterogenen Einflussfaktoren nicht lupenrein nachweisen lässt, ist die allgemeine Zunahme von Ungleichheit in den deutschen Städten in den letzten 20 Jahren ein gesicherter Befund. Ein Blick auf die Einkommens- und Arbeitsmarktstatistiken belegt, dass die Ungleichheit hinsichtlich der Einkommen in Deutschland zwischen den Jahren 1995 und 2015 zugenommen hat, weil die Mitte schrumpft und die Ränder wachsen.⁹ Auch nimmt die Mobilität zwischen den verschiedenen

9 Seit dem Jahr 1995 steigen der Anteil der Menschen, die in strenger Armut leben (weniger als 46 % des Medianeinkommens) und der Anteil derer, die über mehr als 169 Prozent des Medianeinkommens verfügen. Die im ARB 2017

Erwerbsformen ab, während der Anteil an atypischen Beschäftigungsverhältnissen wächst (vgl. Krause u. a. 2017, 551; ARB 2017, 81). Die Zunahme dieser Teilzeit- und geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse birgt nachweislich ein erhöhtes Armutsrisiko, insbesondere für Frauen (vgl. ARB 2017, 95–96). Wirtschaftskraft und Reichtum wachsen in Deutschland. Gleichzeitig befindet sich die Armutsquote auf „einem Rekordhoch“ und eine „immer größere Zahl von Menschen [wird] vom allgemeinen Wohlstand“ abgekoppelt (Der Paritätische 2017, 9). Regionalisierte Armutsquoten weisen aus, dass Bremen, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern die Bundesländer mit den höchsten und seit dem Jahr 2014 ansteigenden Armutsquoten sind (> 21 %), während Bayern und Baden-Württemberg eine leicht ansteigende, im Vergleich niedrige Armutsquote aufweisen (> 12 %) (vgl. Der Paritätische 2017, 11). In den Stadtregionen ist die Polarisierung der Einkommen noch einmal ausgeprägter, die Ungleichheit der Verteilung der Vermögen auffallend (vgl. Kronauer 2017, 156). Insbesondere in Berlin steigt die Armutsquote seit 2006 kontinuierlich an, knapp ein Fünftel aller Stadtbewohner*innen und knapp ein Drittel der Kinder lebten 2015 von Transferleistungen (vgl. Der Paritätische 2017, 15). Statistisch nachweisen lassen sich Abstiegsängste und Abschottungstendenzen der Mittelschichten, die als *Einkommensmitte* gefasst werden. Diese Ängste bestehen unabhängig von der stabilen Arbeitsmarkt- und Wirtschaftslage fort (vgl. ARB 2017, 42; Lengfeld/Ordemann 2017, 182).

Expert*innen erwarten, dass die wachsenden regionalen Disparitäten in der Wirtschaftsstruktur bis 2030 zu einer weiteren Spreizung der Immobilienpreise führen werden, die Städte bevorteilt und ländliche Regionen benachteiligt (vgl. Westermeier/Grabka 2017, 455). Diese stärkere Segregation und Ausdifferenzierung in den Städten wird von vielen Menschen deutlich wahrgenommen. Empirisch lässt sich ein Trend hin zu einer stärkeren sozialen Segregation nachweisen, während die ethnische Segregation für die meisten Nationalitäten abnimmt. Es existieren starke Überlappungen von Armutsanteilen in Verbindung mit dem Anstieg der Zuwandereranteile in einer Nachbarschaft (vgl. Goebel/Hoppe 2015, 65–66).

In 59 der 77 Großstädte in Deutschland mit einer Einwohnerzahl über 100.000 Menschen wird mit zunehmenden Spannungen auf dem

präsentierten Zahlen (77) weisen in eine ähnliche Richtung, nur ist hier der Anstieg der unteren Einkommensgruppen deutlicher ausgeprägt.

Wohnungsmarkt gerechnet (vgl. Lebuhn u. a. 2017, 20; 23).¹⁰ Wissenschaftler*innen des BBSR betonen den Trend einer Verteuerung von Immobilien und führen ihn auf die Binnenwanderungen und auf eine stark gestiegene internationale, vor allem europäische Zuwanderung zurück. Dies verknüpft das vorhandene Wohnangebot, insbesondere in den Universitätsstädten (vgl. Breckner 2019, 99).

Diese Entwicklungen auf den Wohnungsmärkten der Großstädte werden angeheizt durch die Privatisierung und Finanzialisierung des verfügbaren Wohnraumes. Die Professionalisierung und die neuen renditeorientierten Geschäftsmodelle der Projektentwickler im Wohnungsneubau trugen erheblich dazu bei, dass die Wohnraumversorgung zu einem Geschäftsmodell wurde (vgl. Calbet 2019), das sich im Zuge einer Reihe von neoliberalen Reformen in diesem Sektor entwickelte (vgl. Heeg/Rosol 2007). Die kommunalen Akteure rückten in den letzten Jahren von ihrer Ausrichtung auf die soziale Wohnraumversorgung ab und setzten dem sukzessiven Wegfall von Sozialwohnungen nichts entgegen (vgl. Held 2011). Im Gegenteil: durch den Verkauf von kommunalen Grundstücken zum Höchstpreis an (internationale) Investoren besserten sie ihre klammen Stadtkassen auf. Im Falle des Rhein-Main-Gebietes sprechen Wohnsoziolog*innen von einer vertieften Neoliberalisierung der Wohnpolitik (vgl. Schipper 2018). Von Seiten der Stadtbevölkerung gab es im Wesentlichen zwei Reaktionsmuster auf die hierauf folgenden Ausgrenzungen am Wohnungsmarkt: erstens eine Akzeptanz von Bonsai-Wohnen: *Microhomes*, Container-Houses, Untervermietung bzw. die Vermietung durch Airbnb entwickelte sich bei vielen Stadtbewohner*innen zu einer Anpassungsstrategie, um sich auf einem überteuerten Wohnungsmarkt im angestammten Quartier zu behaupten. Dieses Runterschrauben der individuellen Ansprüche entspricht der faktischen Verdichtung des Wohnens, oft im Vorfeld von Gentrifizierung, d. h. der vollzogenen Aufwertung eines Stadtquartiers

10 Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) kommt hinsichtlich der Wohnungsmarktentwicklung zu ähnlichen Ergebnissen wie Lebuhn u. a. 2017. Hiernach haben sich die Mieten am Markt angebotener Wohnungen aus Erst- und Wiedervermietungen in den letzten Jahren bundesweit verteuert und liegen 2016 bei durchschnittlich 7,65 Euro/m² nettokalt. Die Angebotsmieten in peripheren ländlichen Kreisen liegen im Durchschnitt Niveaus von unter 4,50 Euro/m² und in München mit 15,65 Euro/m² am höchsten. (vgl. BBSR 2021).

und vielfältigen Formen der Verdrängung (vgl. Bernien 2017, 48) der Bewohnerschaft (vgl. Helbrecht 2016). Eine zweite Strategie war der Wegzug in ein anderes Wohngebiet, oder, so zeigen es jüngste Wanderungsdaten zu Berlin, ins Umland. In der Hauptstadt richten sich die aktuellen Proteste gegen die Wohnpolitik des Senats, gefordert wird eine Enteignung von Wohnbestand der großen Wohnungsbauunternehmen. *Holen wir uns die Stadt zurück*, heißt es dort trotzig, die großen Wohnungsbaugesellschaften sollen enteignet werden. Doch der *Gegner* bleibt gespenstisch diffus.

5 Die arrangierte, kosmopolitische Stadt

Keine Frage, in Städten wie Berlin, Frankfurt, München, Hamburg sind die Mieten in den Innenstädten in den letzten Jahren so stark gestiegen, dass die Entmischung der Stadtbewohnerschaft voranschreitet. Das in der bundesdeutschen Planung verankerte Leitbild der soziokulturell gemischten Stadt kommt ins Wanken. Gewagt wird im Folgenden die Identifizierung von sich verstärkenden Dynamiken der Selbst-Segregation im Kontext der oben beschriebenen, übergeordneten Entwicklungen im Sinne dominanter Marktmechanismen (vgl. Schubert 2017). Da vor allem die kosmopolitischen Städte, d. h. diejenigen mit einem bereits vorhandenen hohen Grad an migrationsbedingter kultureller Vielfalt, wachsen, wird hier den durch Migration geprägten Teilarbeitsmärkten eine besondere Relevanz für das Re-Arrangement der Städte zugeschrieben. Interessant ist, wie das Neu-Arrangement von Wohnen und Arbeiten sich über die letzten Jahre für und durch die unterschiedlichen Zuwanderungsgruppen auf die Stadtentwicklung auswirkte und wie sich die Rhythmen des beruflichen Alltags veränderten (vgl. Vogelpohl 2012, 109–110). Durch die Kombination eines Mehr und Anders von Mobilität und durch die stärkere Spreizung des Arbeitsmarktes in hoch- und niedrigentlohnte Segmente mit entsprechenden Wohnungsmarktbedarfen bildete sich eine *arrangierte Stadt* mit den aktuell zu beobachtenden Tendenzen der Selbst-Segregation. Wo und wie diese Wohnformen in der Stadt angesiedelt sind, ist nicht zufällig, sondern verweist auf subtile Formen der Machtausübung. Die räumliche Verortung von sozialen Gruppen in der Stadt spiegelt den Grad der möglichen Interessensdurchsetzung. Sie verkörpert den Habitus des Ortes (vgl. Dangschat 2017).

In die kosmopolitischen Städte kommen Binnenzügler*innen wie auch internationale, insbesondere europäische Zuwanderer*innen, weil sie hier ausgewählte Teilarbeitsmärkte der Dienstleistungsbranche vorfinden. Hier erhoffen sie sich eine Erfüllung ihrer Erwartungen an ein urbanes Leben. Es handelt sich um Zügler*innen, die mit Ressourcen und unterschiedlichen Kapitalien ausgestattet sind, Hochqualifizierte, Studierende und Multilokale. Sie finden sich in einem weitgehend privatisierten Wohnungsmarkt in den für sie interessanten innerstädtischen Lagen wieder. Sie brauchen diese innerstädtischen Lagen, weil sie eine Anbindung an die städtischen Ökonomien brauchen. Sie brauchen die Infrastruktur der Stadt, damit sie neben der Berufstätigkeit noch weitere Interessen verfolgen können und sich etwa mehr Auswahlmöglichkeiten für die Bildung ihrer Kinder wünschen (vgl. Breckner 2019). Das Wohnen dieser privilegierten Gruppen folgt den globalisierten beruflichen Anforderungen, wenn multilokale Berufspraxis oder häufige Arbeitsplatzwechsel dies erforderlich machen (vgl. Vogelpohl 2012, 131). Kurze Wege zum Flughafen und eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur sind für diese Stadtbewohner*innen fundamental.

Im Folgenden wird nun einmal der Versuch unternommen, die unterschiedliche Grade der Privilegierung mit dem Grad der Selbst-Segregation in Beziehung zu setzen: zunächst richtet sich die Aufmerksamkeit auf die Gruppe der Binnenzügler*innen, die sich in Baugruppen organisiert und dem Wohnungsmangel durch Selbstorganisation begegnet. Ein zweites Beispiel für das Ineinandergreifen von Arbeiten und Wohnen, das in besonderem Maße zu einer Selbstsegregation in den Städten beiträgt, sind die migrantisch geprägten Quartiere mit ihren lokalen Ökonomien – sie wurden in den letzten 20 Jahren zu einem wichtigen Teil der urbanen Ökonomien. Hier ist der Grad der Freiwilligkeit nur bedingt vorhanden, sie ergibt sich vielmehr durch die vormalige Diskriminierung einer Bevölkerungsgruppe am Wohnungsmarkt. Weil viele Zuwander*innen nur in schlechten Stadtlagen eine Wohnung fanden, existiert dort heute eine starke Community. Ein drittes Beispiel für eine an den Arbeitsmarkt gebundene Selbstsegregation ist das Wohnen von Fach- und Arbeitskräften in niedrig qualifizierten Bereichen, bei denen Arbeits- und Mietvertrag aneinandergeschnürt sind. Dies ist die vulnerabelste Form unfreiwilliger Segregation – die Beteiligten sind kaum in der Lage, ihr Wohnen anders zu gestalten. Die Selbstsegregation ist funktional für die Arbeitssituation, nicht aber für die Integration in die Stadtgesellschaft.

5.1 Binnenzügler*innen: Baugruppen und Baugemeinschaften

Eine Variante der Neusortierung der Stadt zeigt sich durch die Präsenz von Baugruppen und Baugemeinschaften, die in vielen Städten Deutschlands über die letzten 20 Jahre entstanden sind. Die Idee des gemeinschaftlichen Bauens und Wohnens entstand in den 1970er Jahren, als die ersten Wohnprojekte aufkamen und die Orientierung auf die Kleinfamilie als gängige und einzig akzeptierte Lebensform in Frage gestellt wurde. In den 1990er Jahren wurden dann Baugemeinschaften vermehrt auch von älteren Menschen gegründet. Die 2000er Jahre verzeichneten schließlich einen sprunghaften Zuwachs an Baugemeinschaften – 500 Gemeinschaftswohnprojekte entstanden allein in Baden-Württemberg. Trendsetter dieser gemeinschaftlichen Wohnformen waren *young urban professionals* und gutsituierte Senior*innen. Eigeninitiativ entstanden grüne Ökosiedlungen junger Familien, gepaart mit Pilotprojekten generationenübergreifenden Wohnens. In diesen Baugruppen finden sich überproportional oft Freiberufler*innen wie Architekt*innen und Journalist*innen oder Menschen in Berufen mit hohen Mobilitätsanforderungen, oft mit internationalen Lebensläufen und vielfältigen Ressourcen. Wohnen und Arbeiten greifen hier ineinander. Bei den Initiatoren der Baugruppen handelt es sich oft auch um berufstätige Eltern, die auf funktionierende Netzwerke zurückgreifen wollen und die Nähe zu ähnlichen *Lebens- und Konsumstilen* suchen oder gutsituierte Senior*innen, die die Nähe zu kultureller Infrastruktur und Gesundheitsversorgung suchen (vgl. Frank 2015). Von den Bewohner*innen wiederum werden ganz konkret Vernetzungsoptionen mit anderen urbanen Mittelschichtshaushalten mit dem Ziel der Selbstverwirklichung und Selbstvergewisserung¹¹ gesucht (vgl. Menzel 2020). Die aufgebauten Netzwerke dieser eigeninitiierten Wohnprojekte der Mittelschicht(s-Eltern) richten sich besonders auf sozial homogene Familien, weil dies die Alltagsorganisation bei stärker geschlechtergerechten Erwerbsentwürfen erst ermöglicht (vgl. Weck/Hanhörster 2016, 139–140). Die sozialen Netzwerke in den Baugruppen dienen vermutlich auch der Risikominimierung, weil sie als Lückenfüller ehemals betrieblich organisierter Bindungen fungieren und Austausch in einer sharing economy ermöglichen. Sie bieten eine

11 Menzel bezieht sich auf Reckwitz' Orte der performativen Selbstverwirklichung (vgl. Reckwitz 2017).

Möglichkeit der Flexibilisierung und Selbstanpassung (vgl. Boltanski/Chiapello 2003). Der *flexible Mensch* – so eine stadtsoziologische Interpretation – findet neben der Arbeit oft nicht die Kraft und Zeit einen von der Arbeit unabhängigen Freundeskreis aufzubauen und sucht Bindungen in der unmittelbaren Nachbarschaft, die Menschen sind auf der Suche nach subjektorientierter Diversität (vgl. Vogelpohl 2012). Diese Dynamik der Selbstsegregation wurde von vielen Städten aufgegriffen und zu einem Standbein ihrer Stadtentwicklungspolitik ausgebaut (vgl. Wonneberger 2015). Stadtpolitisch versprachen sich die Verwaltungen von dieser Wohnform eine Verbesserung problematischer Quartiere. Durch die aktive Einbindung der Bewohner*innen in Förderpolitiken in Kombination mit deren kulturellem Kapital erwartete man insgesamt eine Weiterentwicklung der kulturellen und infrastrukturellen Angebote im Stadtquartier. Abwanderung von Familien in Randgebiete sollte verhindert werden, Baulücken und Brachen geschlossen werden. Das Modell war so erfolgreich, dass heute zahlreiche Plattformen bereitstehen, um die unterschiedlichen Bedarfe unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen zu befriedigen. Hier geht es längst nicht mehr nur um die Vernetzung von Interessierten, sondern vor allem auch darum, für diese Interessensgruppen geeignete Grundstücke aufzukaufen und in Teilpachtkonstellationen weiterzugeben. Es entstehen neue, sozial innovative Wohnformen, die jedoch ein gewisses Eigenkapital, etwa durch eine Erbschaft, bei den Beteiligten voraussetzen.

Viele dieser Bauprojekte sind heute in das Wohnumfeld integriert und sie engagieren sich in den jeweiligen Nachbarschaften. Doch oft hat dieses Engagement den Nebeneffekt, dass die Einwirkung in die Nachbarschaft im Sinne der eigenen Wertvorstellungen gestaltet wird und dadurch – oft entgegen der eigenen Absicht – zu einem speziellen Habitus des Ortes beiträgt (vgl. Dangschat 2017, 20). De facto haben sich in vielen kosmopolitischen Städten kleine, homogene Enklaven in Stadtbezirken herausgebildet. In der Regel können sie auch ausgewählten Arbeitswelten zugeordnet werden.

5.2 Migrantische Viertel als Orte der neuen Selbständigkeit und transnationaler Lebensentwürfe

Laut Mikrozensus 2014 besitzen 709.000 (17%) der insgesamt 4,2 Millionen Selbstständigen in Deutschland einen Migrationshintergrund

(vgl. Leicht 2018) – es handelt sich nicht mehr um ein Randgeschehen und die Unternehmen sind so vielfältig wie die Menschen, die sie betreiben. Dennoch kann man in migrationsgeprägten Quartieren mit Altbaubestand in vielen kosmopolitischen Städten beobachten, wie migrantische Ökonomien, d. h. Unternehmen, die von Menschen betrieben werden, die eine Migrationsgeschichte besitzen, entstanden sind. Bundesweit werden immer wieder die gleichen Nachbarschaften genannt, um die Existenz von migrantisch geprägten Ökonomien zu illustrieren: das afrikanische Viertel und die arabisch-türkische dominierte Sonnenallee oder die Karl-Marx-Straße in Berlin, die Keupstraße und die Weidengasse in Köln, gelegentlich die Bahnhofsvorstadt in München, manchmal auch die Eisenbahnstraße in Leipzig (vgl. Celik 2020). Migrantische Selbständige finden sich auch in Mittelstädten wie Rostock und Braunschweig. Doch werden sie dort von der Stadtpolitik nicht als Teil städtischer Regenerierung aufgefasst, sondern der oder die Einzelne wird als unternehmerisches Subjekt angesehen (vgl. Räumle 2016). Die räumliche Konzentration vieler migrantischer Selbständiger, ein als segregiert markierter Raum scheint heute nötig zu sein, damit Plätze für praktizierte Diversität entstehen können, die alle Bewohnergruppen anspricht. Die beobachtbare Entmischung dieser Nachbarschaften, die durch den Wegzug von einkommensschwachen Haushalten entsteht, bedeutet dann, dass für viele, die dort verbleiben, nach und nach die Orte der Kommunikation entfallen (vgl. Steigemann 2019). Für diese Gruppe der oftmals Solo-Selbständigen oder prekär Beschäftigten in Familienbetrieben sind die Auswirkungen durch die arrangierte, segregierte Stadt höchst ambivalent. Einerseits brauchen sie einen öffentlichen Raum, in dem sie sich selbständig machen können. Andererseits riskieren sie ihre Existenz, weil die gelebte Diversität auch dazu führen kann, dass sich die oben beschriebenen Gentrifizierungstendenzen durchsetzen und sie selbst verdrängt werden (vgl. Hillmann u. a. 2017) oder dass sie sich in einem ethnischen *theme-park* wiederfinden (vgl. Buckow 2010, 176).

Im Falle Berlins erfüllen diese superdiversen Orte eine weitere Funktion: Sie ziehen weitere akademisierte EU-Binnenzuzügler*innen an, weil diese hier einerseits den Kontakt zu den hochqualifizierten Arbeitsmarktsegmenten finden, beispielsweise in Co-Working spaces, und gleichzeitig die Möglichkeit haben, in der Gastronomie auszuhelfen, weil sie von ihren Einkünften ansonsten nicht leben können. Ein Beispiel hierfür sind die vielen neuen Selbständigen aus Spanien in Berlin seit der

Finanzkrise 2008. Viele von ihnen waren zuvor schon einmal als Erasmus-Studierende im Land und kommen (anders als ihre Verwandten in der Gastarbeiter-Ära) mit Ressourcen nach Deutschland. Sie bringen eine akademische Ausbildung mit und passen sich in einen urbanen Arbeitsmarkt ein. Sie leben dies als eine Form *transnationaler selbständiger Erwerbstätigkeit* und für sie stellt gerade das kosmopolitische Milieu eine Chance dar (vgl. Taube 2019).

5.3 Segregiertes Wohnen für Fach- und Wanderarbeiter*innen

Auch in deutschen Städten gibt es den Trend, dass Unternehmen für ihre Belegschaft eigens Wohnungen bauen. Es bleibt ihnen aufgrund der Fallhöhe zwischen den gering entlohnten Arbeiter*innen und den ortsüblichen Mietpreisen wenig anderer Spielraum. Bernhard Große Broermann, Inhaber der Krankenhauskette Asklepios, formulierte es in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* vom 15. April 2018 auf S. 27 so:

„In vielen Regionen ist das Leben für Krankenschwestern und Pfleger ja nicht mehr bezahlbar. Etwa auf Sylt, wo wir die Nordsee-Klinik betreiben. Mit Löhnen im Gesundheitswesen sind dort keine Wohnungen auf dem freien Markt mehr zu bezahlen. Also bauen wir selbst Wohnungen für unsere Mitarbeiter. In München ist es nicht anders, auch da werden wir für unsere Mitarbeiter Wohnungen erstellen.“

In Berlin haben Krankenhäuser, die Drittstaatler*innen als Pflegekräfte rekrutieren, mit der Unterbringung im Bestand von Wohnungsbaugesellschaften begonnen. Auch Beschäftigte in der Hotelreinigungsbranche, in der Fleisch- und Landwirtschaft und insbesondere in der Baubranche wohnen segregiert in Unterküften (vgl. Becker 2010). Der anhaltende Bauboom hat dazu geführt, dass in den Städten die Bauarbeiter*innen auf den Baustellen knapp werden. Sie können sich in vielen Orten, in denen sie die Wohnungen bauen, keine Wohnung mehr leisten. Auf vielen Baustellen werden Wanderarbeiter*innen eingesetzt, die in Containern oder in Gemeinschaftsunterkünften leben. Die Facharbeiter*innen werden entweder von der Baufirma oder Subunternehmen untergebracht. Wissenschaftliche Untersuchungen hierzu liegen nicht vor, erste Dokumentationen über die ausbeuterischen Arbeitsbedingungen

existieren und berichten von Tagelöhner-Bedingungen¹². Ähnliche Situationen finden sich inzwischen zuhauf in der Dienstleistungsbranche, beispielsweise in der Hotellerie. So wohnen etwa die vielen Asien-stämmigen Menschen, die für die Kurierdienste (Paketdienste, Essen-Bring-Dienste) unterwegs sind, ebenfalls in solchen privaten Unterkünften. In der Pflegebranche wohnen die entsendeten Arbeitskräfte oft in von den Arbeitgebern gestellten Unterkünften. Unterbringungen in privat angemieteten Wohnungen als 6er-WGs in umgewandelten Dreizimmer-Wohnungen mit einer Nettomiete von 3.000 € sind in Berlin keine Seltenheit. Es zeichnet sich ab, dass die Agenturen, die mit diesen prekären Arbeitnehmer*innen Verträge abschließen, für eine ständige Rotation der Arbeitskräfte sorgen. In diesem Arrangement haben die Betroffenen selbst keine Chance, über ihr Wohnen zu bestimmen. Sie werden tage-, wochen- oder monatsweise in verschiedenen Städten eingesetzt.

6 Fazit

Im Beitrag wurde gezeigt, dass die stärker segregierte Stadt erstens durch eine Verteuerung und Verknappung von Wohnraum durch Finanzialisierung und Neoliberalisierung entsteht und zweitens durch die Zurücknahme von Programmen zum sozialen Wohnungsbau befördert wurde. Es wurde jedoch auch gezeigt, dass die soziale Entmischung vormals sozial stärker heterogener Bewohnerschaft auch durch die veränderten Anforderungen im Zuge eines flexibilisierten Arbeitsmarktes vorangetrieben wurde und an neue Mobilitätsmuster gebunden ist. Diese neuen Mobilitätsanforderungen verstärken privilegierte und prekäre Wohnarrangements. Die beispielhaft vorgestellten Tendenzen der Selbst-Segregation tragen jeweils zur Abmilderung von Spannungszuständen in der Stadt bei. Die Baugemeinschaften mit ihrer Selbst-Auswahl von Mitgliedern qua Geldbeutel und kulturellem Kapital verringern die Wohnungsnot in der Stadt und füllen zugleich Lücken einer ausgedünnten städtischen Sozialpolitik, weil sie vormalige Brachen beleben und

12 Genauer: Es liegen keine wissenschaftlichen Untersuchungen zur Wohnsituation dieser Beschäftigungsgruppen vor. Daher wird hier auf die aktuelle Presse zum Thema verwiesen: <<https://www.bkz.de/nachrichten/schlichter-soll-tarif-konflikt-der-bauarbeiter-loesen-80985.html>> wie auch <<https://www.youtube.com/watch?v=oMUwSaPmX-8>>, abgerufen 19. 02. 2021.

Quartiere insgesamt aufwerten. Wir sehen uns hier sozial-ethisch einem *wicked problem*¹³ gegenüber: Diese Dynamik der Selbst-Segregation hat kurzfristig überwiegend positive Effekte und wird doch langfristig zu einem Problem werden, weil sie vor Ort dazu beiträgt, die Interessen der Stadtbewohner*innen mit einem akademisierten Mittelklasse-Lebensstil durchzusetzen und dieser sich allmählich als innerstädtische *Normalität* verfestigt. Widersprüchlich ist auch der Fall der migrantischen Ökonomien, in dem die Selbst-Segregation, die heute sichtbare Segregation, ursprünglich aus der Diskriminierung einer Gruppe am Wohnungsmarkt heraus entstanden ist. Heute wird die hieraus entstandene Diversität des Stadtteils gebraucht, damit alle unterschiedlichen Gruppen einen Ort für ihre Kommunikation haben. Gleichzeitig zieht sie weitere Kosmopolit*innen an, die für ihre Situation auf die räumlich parallele Existenz von hoch- und niedrigqualifiziertem Sektor angewiesen sind. Hier trägt die Selbst-Segregation zu einer weiteren Kosmopolitisierung und damit Aufwertung von Quartieren bei. Der dritte, hier beschriebene Typus der Selbstsegregation ist unfreiwillig, rezent und findet praktisch (noch) keine Beachtung in der wissenschaftlichen Literatur. Das Wohnen in Werkswohnungen (zum Beispiel bei Pflegekräften) und in Containern (im Falle von Bauarbeiter*innen und in der Hotelreinigungsbranche) wird angesichts des Bedarfes an niedrig bezahlten Arbeitskräften zunehmend in Ballungsgebieten und in der Landwirtschaft praktiziert. Die Bewohner*innen sind fast durchweg Wanderarbeiter*innen ohne lebensweltliche Einbindung in ihr Umfeld und die durch den temporären und auswechselbaren Charakter ihres Aufenthaltes für die restlichen Stadtbewohner*innen unsichtbar bleiben. Sie selbst haben genauso wenig Interesse an einer Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Die Rotation dieser Arbeitskräfte, das unter dem Radar-Bleiben durch die Praktiken internationaler Arbeitsvermittlungsagenturen, ist fester Bestandteil eines lukrativen Geschäftsmodells einiger Akteure am Markt.

Die arrangierte Stadt, die durch diese Verfestigung der Selbst-Segregation im Spektrum von Homogenisierung und Prekarisierung entsteht, hängt stärker, als wir uns das bisher eingestehen, von den veränderten Arbeitswelten und der unterschiedlichen Einbindung in die

13 Der Begriff geht auf Rittel zurück und bezeichnet die Situation, dass Planungsprobleme komplex und mehrfach verwoben sind, dass sie immer Nebenwirkungen haben und es keine one-shop-Operationen gibt, sondern die Prozesshaftigkeit von Regionalentwicklung anerkannt werden sollte.

Mobilitäten ab. Und dies ist eine grundsätzliche, den beschriebenen Dynamiken zugrundeliegende Frage, die einen hohen sozial-ethischen Gehalt besitzt. Um angemessen auf sie zu reagieren, müsste die Stadtforschung andere Fragen stellen und so über die bisher gängigen (weiter oben skizzierten) Argumentationsmuster hinausgehen. Sehr viel mutiger müsste von allen Beteiligten in der Stadtgesellschaft die Frage nach Inklusion und Exklusion durch Mobilitätschancen bzw. -erfordernisse gestellt werden. Es ist richtig, dass die aktuellen Segregationen auch auf die Renditeinteressen von großen Investoren zurückgehen. Doch dahinter steht noch viel mehr: ein blinder Fleck in der Wahrnehmung der eigenen (privilegierten) Mobilitätsansprüche und eine Ausblendung der Verdrängungsprozesse, die um uns herum stattfinden. Erst durch sie können vielen ihren momentanen Arbeits- und Lebensstil halten. Dazu werden die vielen neuen Dienstleister*innen gebraucht und dafür nimmt man Segregationen in Kauf. Damit hier mehr Forschung und damit Bewusstsein entsteht, müsste die Stadtforschung ihre Abkopplung von der Arbeitsmarktforschung und im weiteren Sinne von der Sozialpolitikforschung ein Stück weit aufgeben. Viel intensiver als bisher müsste sie sich mit den Schnittstellen von Stadtentwicklung, Migration und Arbeitsmarkt beschäftigen.

Literaturverzeichnis

- ARB (Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung)** (2017): Lebenslagen in Deutschland. Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin.
- Backes, Otto; Dollase, Rainer; Hietmeyer, Wilhelm** (1998): Die Krise der Städte: Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Becker, Heidede** (1998): Städtebau zur Sprache bringen – Leitbildentwicklung und -umsetzung in Deutschland. In: Becker, Heidede; Jessen, Johann (Hg.): Ohne Leitbild? Städtebau in Deutschland und Europa. Stuttgart u. a.: Karl Krämer-Verlag, 453–474.
- Becker, Heidede; Jessen, Johann** (2020): Leitbilder für Städtebau und Stadtentwicklung. In: Breckner, Ingrid; Göschel, Albrecht; Matthiesen, Ulf (Hg.): Stadtsoziologie und Stadtentwicklung. Handbuch für Wissenschaft und Praxis. Baden-Baden: Nomos, 601–612.
- Becker, Jörg** (2010): Erdbeerpflücker, Spargelstecher und Erntehelfer. Polnische Saisonarbeiter in Deutschland. Bielefeld: Transcript Verlag.

- Bernien, Sandra** (2017): Verdrängung hat viele Gesichter. Über städtische Verdrängungsprozesse am Beispiel des Berliner Kaskelkiezes, In: Altröck, Uwe; Kunze, Ronald (Hg.): Stadt und Armut. Wiesbaden: Springer VS, 34–67.
- Blokland, Talja; Barwick, Christine** (2015): Segregation durch Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt. In: Marschke, Britta, Brinkmann, Heinz Ulrich (Hg.): „Ich habe nichts gegen Ausländer, aber ...“. Alltagsrassismus in Deutschland. Studien zu Migration und Minderheiten. Berlin: LIT, 229–243.
- Boltanski, Luc; Chiapello, Eve** (2003): Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz: UVL-Verl.-Ges.
- Böhme, Christa; Preuß, Thomas; Bunzel, Arno; Reimann, Bettina; Landua, Detlef; Scheidel-Schulze, Antje** (Hg.) (2015): Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum (Umwelt & Gesundheit 01/2015). Umweltbundesamt.
- Buckow, Wolf-Dietrich** (2010): Urbanes Zusammenleben. Zum Umgang mit Migration und Mobilität in europäischen Stadtgesellschaften. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)** (2021): Fachbeitrag Wohnungsmieten, online unter <<https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/fachbeitraege/wohnen-immobilien/immobilienmarkt-beobachtung/mieten/wohnungsmieten.html>>, abgerufen 19. 10. 2021.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales** (Hg.) (2008): Lebenslagen in Deutschland. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, online unter <https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Berichte/dritter-armuts-reichtumsbericht.pdf;jsessionid=EF2976A659BD0DA8D0CF5AF0CD6D4330?__blob=publicationFile&cv=3>, abgerufen 09. 09. 2021.
- Brandlhuber, Arno** (2013): Das Heterogenitätsmodell – was bedeutet Nutzungsmischung für Baustandarts und Kosten? In: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt (Hg.): IBA-Werkstattgespräch. Mut zur Masse – serieller Wohnungsbau als Konzept der Zukunft? Berlin, 19–23.
- Breckner, Ingrid** (2019): Präferenzmuster städtischen Wohnens in Hamburg: Hintergründe und Entscheidungsprozesse. In: Scholich, Dietmar (Hg.): Reurbanisierung zwischen Wunsch und Wirklichkeit: ein Blick auf nordwestdeutsche Städte und Regionen. Hannover: ARL, 98–116, online unter <<https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/65530>>, abgerufen 08. 09. 2021.
- Calbet i Elias, Laura** (2019): Spekulative Stadtproduktion. Finanzialisierung des Wohnungsneubaus im innerstädtischen Berlin. Dissertation, TU Berlin, Institut für Stadt- und Regionalplanung, online unter <<https://www.gbv.de/dms/zbw/1666568902.pdf>>, abgerufen 08. 09. 2021.
- Celik, Mehmet** (2020): Investitions- und Aufwertungsprozesse in ethnischen Quartieren deutscher Großstädte. Formen, Akteuer/innen und Hintergründe. Dissertation, RTWH Aachen, online unter <<https://publications.rwth-aachen.de/record/802148?ln=de>>, abgerufen 08. 09. 2021.
- Dangschat, Jens S.; Alisch, Monika** (2014): Soziale Mischung – die Lösung von Integrationsherausforderungen?. Räumliche Auswirkungen der internationalen Migration. In: Gans, Paul (Hg): Forschungsberichte der ARL. Hannover: ARL, 200–218.

- Dangschat, Jens S.** (2014): Soziale Ungleichheit und der (städtische) Raum. In: Berger, Peter A. (Hg.): Urbane Ungleichheiten. Neue Entwicklungen zwischen Zentrum und Peripherie. Wiesbaden: Springer VS, 117–132.
- Dangschat, Jens S.** (2017): Armut und Stadterneuerung – zwei Seiten einer Medaille? In: Altrock, Uwe; Kunze, Ronald (Hg.): Stadt und Armut. Wiesbaden: Springer VS, 13–36.
- Der Paritätische Gesamtverband (Hg.)** (2017): Menschenwürde ist Menschenrecht. Bericht zur Armutsentwicklung in Deutschland 2017. Berlin, online unter <https://www.isl-ev.de/attachments/article/1726/armutsbericht-2017_aktuell.pdf>, abgerufen 08.09.2021.
- DIFU (Deutsches Institut für Urbanistik) (Hg.)** (2015): Nutzungsmischung und soziale Vielfalt im Stadtquartier. Bestandaufnahme, Beispiele, Steuerungsbedarf.
- Farwick, Andreas** (2012): Segregation. In: Eckhardt, Frank (Hg.): Handbuch Stadtsoziologie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 381–420.
- Farwick, Andreas** (2016): Migrantenquartiere – Ressource oder Benachteiligung?. Räumliche Auswirkungen der internationalen Migration. In: Gans, Paul (Hg.): Forschungsberichte der ARL. Hannover, 219–238.
- Forrest, Ray; Koh, Sin Yee; Wissink, Bart** (2018): Hypergespaltene Städte und die ‚unmoralischen‘ Superreichen – Fünf abschließende Fragen. In: Sub/urban 6 (2/3), 91–105.
- Frank, Susanne** (2015): Können, sollen, dürfen Mittelschicht(famili)en heute eigentlich in der Stadt wohnen? In: Huning, Sandra; Kuder, Thomas; Nuissl, Henning (Hg.): Stadtentwicklung, Planungstheorie und Planungsgeschichte auf dem Prüfstand. Herausforderungen für Forschung und Lehre. Sonderausgabe der Planungsrundschau. Berlin: Planungsrundschau.
- Friedrichs, Jürgen; Triemer, Sascha** (2008): Gespaltene Städte?: Soziale und ethnische Segregation in deutschen Großstädten. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Glatter, Jan** (2016): Gentrification und gentrifizierte Stadträume in London. In: Selbach, Veronika; Zehner, Klaus (Hg.): London – Geographien einer Global City. Bielefeld: transcript Verlag, 185–200.
- Goebel, Jan; Hoppe, Lukas** (2015): Ausmaß und Trends sozialräumlicher Segregation in Deutschland. Lebenslagen in Deutschland. Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung. Abschlussbericht. Im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, online unter <https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Service/Studien/abschlussbericht-sozial-raeumliche-segregation.pdf?__blob=publicationFile&v=3>, abgerufen 08.09.2021.
- Grube, Niels** (2016): Was für wen? Und wie überhaupt? Partizipation von marginalisierten Bewohnergruppen im Stadtumbau Bahnhofsviertel, Frankfurt am Main. In: Altrock, Uwe; Kunze Ronald (Hg.): Jahrbuch Stadterneuerung. Wiesbaden: Springer VS, 83–103.
- Hallenberg, Bernd** (2016): Migranten-Lebenswelten in Deutschland 2016: Projektphase 1: Qualitative Leitstudie. Zwischenbericht 2016, online unter <https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/08_publicationen/studien/PDFs/Studien_Befragungen/2016_Zwischenbericht_Migranten-Lebenswelten_in_Deutschland_Qualitative_Leitstudie.pdf>, abgerufen 08.09.2021.

- Hanhörster, Heike** (2014): Bleiben oder Gehen? Migrantenviertel als Wohnstandorte türkeistämmiger Eigentümer. In: Ganz, Paul (Hg.): Räumliche Auswirkungen der internationalen Migration. Forschungsberichte der ARL, Hannover: ARL, 239–259.
- Harlander, Tilmann; Kuhn, Gerd** (2012): Deutschland – „Mischung“ in kommunaler Praxis und Wohnungswirtschaft. In: Harlander, Tilmann (Hg.): Soziale Mischung in der Stadt. Case-Studies – Wohnungspolitik in Europa – Historische Analyse. Stuttgart u. a.: Kraemer Verlag, 386–408.
- Harlander, Tilmann; Kuhn, Gerd** (2020): Soziale Mischung und heterogenes Wohnen im Quartier, Haus und Stadt. In: Breckner, Ingrid; Göschel, Albrecht; Matthiesen, Ulf (Hg.): Stadtsoziologie und Stadtentwicklung. Baden-Baden: Nomos-Verlag, 233–244.
- Häußermann, Hartmut** (2006): Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt. In: Selle, Klaus (Hg.): Praxis der Stadt- und Regionalentwicklung. Analysen. Erfahrungen. Folgerungen. Reihe Edition Stadt-Entwicklung. Dortmund: Rohn, 285–301.
- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter** (2007): Integration trotz Segregation – zum Stand der wissenschaftlichen Debatte. In: Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“ (Hg.): Handlungsfeld: Städteräumliche Integrationspolitik. Ergebnisse des Projektes „Zuwanderer in der Stadt“. Darmstadt: Schader-Stiftung, 92–119.
- Heeg, Susanne; Rosol, Marit** (2007): Neoliberale Stadtpolitik im globalen Kontext. Ein Überblick. In: Prokla 37 (4), 491–509.
- Helbrecht, Ilse** (Hg.) (2016): Gentrifizierung in Berlin. Verdrängungsprozesse und Bleibestrategien. Bielefeld: Transcript-Verlag.
- Held, Tobias** (2011): Verkäufe kommunaler Wohnungsbestände – Ausmaß und aktuelle Entwicklungen. In: Informationen zur Raumentwicklung 12, 675–682.
- Hillmann, Felicitas** (2016): Migration – eine Einführung aus sozialgeographischer Perspektive. Reihe Sozialgeographie kompakt. Stuttgart: Steiner Verlag.
- Hillmann, Felicitas; Calbet, Laura** (2019): Zwischen Realitätsverweigerung und Pragmatismus: Migration-led regeneration in Genua und Manchester. In: Raumforschung und Raumordnung 77 (6), 549–565.
- Hillmann, Felicitas; Bernt, Matthias; Calbet i Elias, Laura** (2017): Von den Rändern der Stadt herdenken: Das Beispiel Berlin. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 67 (48), 25–31.
- Jacobs, Jane** (1993, Original 1963): Tod und Leben großer amerikanischer Städte. Braunschweig u. a.: Vieweg.
- Krause, Peter; Franz, Christian; Fratzscher, Marcel** (2017): Einkommensschichten und Erwerbsformen seit 1995. In: DIW Wochenbericht 84 (27), 553–554.
- Kronauer, Martin** (2017): Soziale Polarisierung in Städten: Ursachen, Hintergründe und Gegenstrategien. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Geteilte Räume, Strategien für mehr sozialen und räumlichen Zusammenhalt: Bericht der Fachkommission „Räumliche Ungleichheit“ der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin.
- Kuder, Thomas** (2001): Städtebauliche Leitbilder – Begriff, Inhalt, Funktion und Entwicklung, gezeigt am Beispiel der Funktionstrennung und -mischung. Dissertationsschrift. Fakultät VII Architektur Umwelt Gesellschaft, TU Berlin.

- Läpple, Dieter** (2020): Essay über den Raum. Für ein gesellschaftswissenschaftliches Raumkonzept. In: Häußermann, Hartmut (Hg.): Stadt und Raum. Pfaffenbach: Centaurus-Verlag, 157–204.
- Lebuhn, Henrik; Holm, Andrej; Junker, Stephan; Neitzel, Kevin** (2017): Wohnverhältnisse in Deutschland. Eine Analyse der sozialen Lage in 77 Großstädten. Berlin/Düsseldorf, online unter <https://www.boeckler.de/pdf_fof/99313.pdf>, abgerufen 08. 09. 2021.
- Leicht, René** (2018): Die Bedeutung von Migrantenunternehmen für die Integrations- und Wirtschaftspolitik in den Kommunen. In Gesemann, Frank; Roth, Roland (Hg.): Handbuch Lokale Integrationspolitik. Wiesbaden: Springer VS, 524–548.
- Lengfeld, Holger; Ordemann, Jessica** (2017): Der Fall der Abstiegsangst, oder: Die mittlere Mittelschicht als sensibles Zentrum der Gesellschaft. Eine Trendanalyse 1984–2014. In: Zeitschrift für Soziologie 46 (3), 167–184.
- Löw, Martina** (2008): Soziologie der Städte. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Meier, Lars** (2018): Intersektionalität privilegierter Identitätsdimensionen. Performanz einer weißen, männlichen und globalen Elite. In: Sub/urban 6 (2/3), 31–48.
- Menzel, Marcus** (2020): Gemeinsam zum Eigentum – Baugemeinschaften und Genossenschaften. In: Depenheuer, Otto; Hertzsch, Eckhart; Voigtländer, Michael (Hg.): Wohneigentum für breite Schichten der Bevölkerung. Berlin/Heidelberg: Springer, 287–296.
- Mitscherlich, Alexander** (1964): Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Münch, Sybille** (2005): Integrieren statt Umsiedeln – Empfehlungen zum Umgang mit segregierten Quartieren. In: Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“ (Hg.): Handlungsfeld: Städteräumliche Integrationspolitik. Ergebnisse des Projektes „Zuwanderer in der Stadt“. Darmstadt: Schader-Stiftung, 16–30.
- Mumford, Lewis** (1961): Die Stadt. Köln: Kiepenheuer und Witsch.
- Nast, Julia; Blokland, Talja** (2014): Social Mix Revisited: Neighbourhood Institutions as Setting for Boundary Work and Social Capital. In: Sociology 48 (3), 482–499.
- Räuchle, Charlotte** (2016): Migrantische Ökonomien in kleineren Großstädten. Governance und Inwertsetzung im Kontext neoliberaler Stadtpolitiken. In: Berichte zur deutschen Landeskunde 90 (2), 135–156.
- Reckwitz, Andreas** (2017): Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne. Berlin: Suhrkamp.
- Roskamm, Nikolai** (2013): Das Leitbild von der „Urbanen Mischung“. Geschichte, Stand der Forschung, Ein- und Ausblicke, Studie im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt. Berlin.
- Sander, Robert** (1998): Funktionsmischung – ein Baustein für die zukunftsfähige Stadt. In: Becker, Heidede; Jessen, Johann (Hg.): Ohne Leitbild? Städtebau in Deutschland und Europa. Stuttgart u. a.: Karl Krämer-Verlag, 476–487.
- Schipper, Sebastian** (2018): Wohnraum dem Markt entziehen? Wohnungspolitik und städtische soziale Bewegungen in Frankfurt und Tel-Aviv. Wiesbaden: Springer VS.
- Schönig, Barbara; Vollmer, Lisa** (2020): Wohnungsfrage(n) ohne Ende und überall?! Sechs Thesen für eine interdisziplinäre Wohnungsforschung. In: Schönig,

- Barbara; Vollmer, Lisa (Hg.): Wohnungsfragen ohne Ende?! Ressourcen für eine soziale Wohnraumversorgung. Bielefeld: transcript.
- Schubert, Dirk** (2017): Möglichkeiten und Grenzen der sozialen Erhaltungsverordnung und Umwandlungsverordnung – Erfahrungen aus Hamburg. In: Altröck, Uwe; Kunze, Ronald (Hg.): Stadt und Armut. Wiesbaden: Springer VS, 253–270.
- Sennett, Richard** (1997): Fleisch und Stein. Der Körper und die Stadt in der westlichen Zivilisation. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Siebel, Walter** (2007): Städte in der Krise? In: Der Bürger im Staat 57 (3), 108–115.
- Steigemann, Anna** (2019): The place where community is practised. How store owners and their businesses build neighborhood social life. Wiesbaden: Springer VS.
- Taube, Jana** (2019): Zwischen Tapas-Bars und dem Cyberspace – Neue Mobile in Berlin. epubli.
- Vogelpohl, Anne** (2012): Urbanes Alltagsleben. Zum Paradox von Differenzierung und Homogenisierung in Stadtquartieren. Wiesbaden: Springer VS, 109–110.
- Vollmer, Lisa** (2018): Mieter_innenproteste von den 1960er bis in die 1980er Jahre in der BRD. In: Sub/urban 6 (2/3), 137–148.
- Weck, Sabine; Hanhörster, Heike** (2016): Mittelschichthaushalte in gemischten Quartieren und ihr Umgang mit Diversität. In: Altröck, Uwe; Kunze, Ronald (Hg.): Stadterneuerung und Armut. Wiesbaden: Springer VS, 125–150.
- Westermeier, Christian; Grabka, Markus M.** (2017): Zunehmende Polarisierung der Immobilienpreise in Deutschland bis 2030. In: DIW Wochenbericht 84 (23), 451–459.
- Wonneberger, Eva** (2015): Neue Wohnformen. Neue Lust am Gemeinsinn? Wiesbaden: Springer VS.

Über die Autorin

Felicitas Hillmann, Prof. Dr. habil., zurzeit Visiting Scholar und Lehrbeauftragte am Georg-Simmel-Zentrum für Metropolenforschung der Humboldt-Universität zu Berlin, Email: felicitas.hillmann@hu-berlin.de.